

Antworten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Mecklenburg-Vorpommern auf Fragen des Verbandes der Milchviehalter MV

Zum Milchmarkt

- 1. Wie steht Ihre Partei nach den Erfahrungen aus den vergangenen Milchmarktkrisen den Forderungen der Milchviehalter**innen nach einer Erweiterung des Sicherheitsnetzes für den EU-Milchmarkt um zeitlich befristete Mengengrenzungsmaßnahmen im Falle schwerer Marktverwerfungen gegenüber?**

Wir GRÜNE unterstützen mengenbegrenzende Instrumente auf europäischer Ebene als ultima ratio im Marktkrisenfall. Dabei sind effiziente Instrumente zur frühzeitigen Erkennung potenzieller Milchmarktkrisen elementar. Denn ein zielführendes Milchmarkt-Krisenmanagement muss eine schnelle Reaktion der Milcherzeuger*innen auf Marktveränderungen ermöglichen, indem es Milchüberschüsse frühzeitig und konsequent vermeidet. Hierfür braucht es ein transparentes europaweites Frühwarnsystem, das die Gefahr einer Krise zuverlässig erkennt und kommuniziert.

- 2. Wie soll nach Ansicht Ihrer Partei auf zukünftige Marktkrisen reagiert werden?**

Viele Milchbauern können schon seit Jahren ihre Milch nicht mehr kostendeckend absetzen. Der Strukturwandel in der Branche entwickelt sich immer rasanter. Wesentliche Treiber dieser Entwicklung sind die starken Preisschwankungen am Weltmarkt, ein Überangebot an Milch und starre Geschäftsbeziehungen zwischen Erzeugern und Molkereien. Seit der Liberalisierung der EU-Agrarmarktordnung wirken sich Veränderungen am Weltmarkt unmittelbar und stärker auf die heimischen Milcherzeugerpreise aus. Jeder dritte Milchbauer in Mecklenburg-Vorpommern hat in den vergangenen zehn Jahren aufgegeben.

Es ist nötig Milchpreiskrisen effektiv vorzubeugen und die Position der Milchbauern in der Wertschöpfungskette zu stärken. Unser Ziel ist eine Stabilisierung des Milchsektors und dem Erhalt der Milchviehbetriebe als Stütze des ländlichen Raumes.

Bei den Molkereigenossenschaften sind die Milchbäuer*innen die Verlierer des Systems. Insbesondere das Prinzip der Andienungspflicht und der Abnahmegarantie benachteiligt die Milchbäuer*innen und führt zu extremen Abhängigkeiten. Wir GRÜNE wollen das Genossenschaftsrecht so reformieren, dass die strikte Trennung von Genossenschaftsbeteiligung und Lieferkonditionen sichergestellt ist und die Andienungspflicht sowie die Abnahmegarantie in genossenschaftlichen Satzungen ausgeschlossen wird.

Wir wollen, dass Artikel 148 GMO im Agrarmarktstrukturgesetz im Rahmen der Verordnungsermächtigung § 6a AgrarMSG umgesetzt und damit der Abschluss von umfassenden schriftlichen Verträgen verpflichtend eingeführt wird. Durch feste Preis- und Mengenvereinbarungen müssen dann die Milchbäuer*innen das enorme Marktrisiko nicht

mehr alleine schultern und erhalten deutlich mehr Planungssicherheit. Gleichzeitig setzen wir uns für Förderprogramme zur Unterstützung des Aufbaus von Kleinmolkereien für die direkte und regionale Vermarktung ein.

Wir wollen zudem, dass die künftige Bundesregierung überprüft, inwieweit der Verkauf von Lebensmitteln unter den Produktionskosten als unlautere Handelspraktik im Agrarmarktstrukturgesetz verankert werden kann und im Sinne von Artikel 39 Absatz 1b AEUV zu fairen Preisen beitragen kann. Eine solche Regelung würde den Milchbäuer*innen besonders zugutekommen. Flankierend dazu bräuchte es ein Konzept für eine Preisbeobachtungsstelle, die objektive Richtwerte zu Produktionskosten und Preisen von Lebensmitteln erhebt. Durch die nachträgliche Preisfestsetzung des Milchauszahlungspreises überwälzen die Molkereien das gesamte Marktrisiko auf die Bäuer*innen u. Daher setzen wir GRÜNE uns darüber hinaus für ein Verbot der nachträglichen Preisfestlegung des Milchauszahlungspreises ein.

3. Sieht Ihre Partei die Verantwortung für die entsprechende Anpassung der Angebotsmenge an die Nachfrage in Marktkrisenphasen alleine in der Branche?

Nein, die Milchviehhalter*innen dürfen mit dem Problem nicht allein gelassen werden. Die Marktmacht der Molkereien und des Handels ist im Vergleich zu den Milchviehhalter*innen unverhältnismäßig. Hier muss die Politik regulierend eingreifen und in Krisenfällen steuernd wirken. Zur Krisenvorbeugung ist eine Flexibilisierung der Lieferbeziehungen zwischen Erzeugern und Molkereien unabdingbar.

Zur Stabilisierung des Milchmarktes brauchen wir grundsätzlich kostendeckende Preise auf dem Markt und Entwicklungsmöglichkeiten für eine umweltorientierte, tiergerechte und flächengebundene Milchviehhaltung. Das geht nur mit einer größeren Ausrichtung auf faire Märkte, Qualität, regionale Erzeugung und Wertschöpfung. Wir wollen deshalb die Landwirt:innen beim tier-, umweltgerechten Umbau der Tierhaltung finanziell wie auch über geänderte gesetzliche Regelungen unterstützen und insbesondere die artgerechte Weidehaltung und den Grünlanderhalt stärken, auch um Artenvielfalt und wichtige Kulturlandschaften zu erhalten und unser Klima wirksam zu schützen.

4. Wie stehen Sie zur Gründung von „Branchenverbänden/-organisationen“? Wie ist aus Ihrer Sicht die „Branche“ zu definieren und welche Befugnisse müsste eine entsprechende „Branchenorganisation Milch“ zugesprochen bekommen?

Wir setzen uns auf europäischer Ebene für die Anerkennung der Milchbäuer*innen als eigenständige Branche ein, und möchten somit auf EU-Ebene ein eigenverantwortlich organisiertes Milchmarktmanagement möglich machen, damit die Milchbäuer*innen ihre Marktstellung gegenüber der Verarbeitungs- und Ernährungsindustrie deutlich verbessern können.

Zudem wollen wir die im GWB verankerten Sonderregelungen für die Landwirtschaft in § 28 GWB so erweitern, dass Vereinbarungen und Zusammenschlüsse von landwirtschaftlichen

Betrieben zum Schutz gegen eine existenzbedrohende, ruinöse Nachfragemacht sowie Zusammenschlüsse von Erzeuger*innen, die für die gleiche Handelskette produzieren, vom Verbot wettbewerbsbeschränkender Vereinbarungen des § 1 GWB freigestellt werden.

5. Sehen Sie bei der Verbesserung der Marktstellung der Milchviehhalter*innen politischen Handlungsbedarf in Form einer verpflichtenden Vorgabe von Vereinbarungen über Preis, Menge, Dauer und Qualität der gesamten Liefermengen oder ist das eine Aufgabe ausschließlich der Marktpartner?

Ja, wir sehen politischen Handlungsbedarf. Eine verbesserte Marktstellung der Milchviehhalter*innen wird es nur mit fairen politischen Rahmenbedingungen geben, die für alle gelten, siehe Antworten Fragen 1 bis 4.

Um den nachhaltigen Umbau der Landwirtschaft gemeinsam mit den Bäuer*innen voranzutreiben, gilt es zudem, die nationalen Spielräume für die bevorstehende GAP-Förderperiode bestmöglich für diese Ziele zu nutzen. Wir wollen das System der Direktzahlungen schrittweise durch eine Gemeinwohlprämie ablösen, die konsequent gesellschaftliche Leistungen honoriert.

Herkunftskennzeichnung

6. Unterstützt Ihre Partei die Bestrebungen des BDM und seiner Mitglieder für eine klare Produkt- und Herkunftskennzeichnung?

Ja, mit verständlichen Informationen über Zutaten, Herkunft, Herstellung und zum ökologischen Fußabdruck wollen wir für die nötige Transparenz sorgen. Wir stehen für die Einführung einer für alle verpflichtenden klaren Tierhaltungskennzeichnung mit anspruchsvollen Kriterien für Fleisch und anderen Lebensmitteln aus oder mit tierischen Bestandteilen. Dabei müssen aber auch die gesetzlichen Tierhaltungsstandards erhöht werden.

Wir sind der Auffassung, dass die Bewerbung regionaler Produkte von Klein- und mittelständischen Unternehmen mehr Raum einnehmen sollte. Die Produkte dieser Unternehmen sind es, die identitätsstiftend wirken und die regionalen Besonderheiten unseres Bundeslandes widerspiegeln. In diesem Zusammenhang werben wir bereits seit langem für die Entwicklung von Regionalmarken. Sie stärken nach unseren Erkenntnissen aus anderen Bundesländern den Absatz von regionalen Produkten der Ernährungswirtschaft.

7. Vertritt Ihre Partei die Meinung, dass sich neue, höhere Standards auch zwingend in den Produktpreisen für landwirtschaftliche Güter ausdrücken müssen?

Die derzeitigen Preise für landwirtschaftliche Güter, die zum Teil unter den Erzeugungskosten liegen, sind nicht hinnehmbar. Die Ausgaben deutsche Haushalte für Essen liegen bei unter 10 Prozent der gesamten Konsumausgaben. Qualität hat aber ihren Preis und muss entsprechend mehr von den Verbraucher*innen honoriert werden. Leistungen, die Landwirt*innen für Gesellschaft und Ökosysteme müssen angemessen entlohnt werden.

Die reinen Lebensmittelpreise spiegeln zudem aber auch nicht wieder, was bei der Produktion an Kosten entstehen, die mittel- und langfristig die gesamte Gesellschaft betreffen: Folgekosten, wie für Klima- und Umweltschäden gehören nach dem Verursacherprinzip eingepreist. Dadurch werden umweltfreundlich erzeugte Produkte gestärkt und konkurrenzfähig.

Tierwohl

8. Wie soll aus Sicht Ihrer Partei der avisierte Umbau der Haltungssysteme hin zu mehr Tierwohl finanziert werden und wie beurteilen Sie dahingehend die Vorschläge der Borchert-Kommission?

Das System „Immer billiger, immer mehr“ hat die Landwirtschaft in einen Teufelskreis getrieben. Ein Teil der Lösung ist, weniger Tiere und diesen ein besseres Leben ermöglichen. Wir fordern bereits seit Jahren einen Umbau der Tierhaltung, bei dem bessere Regeln für die Tierhaltung, eine Umbaufinanzierung und eine verpflichtende Kennzeichnung ineinandergreifen.

Wirtschaftlich machbar wollen wird der Tierschutz durch eine Umbauförderung machen, die wir durch einen Tierschutz-Cent auf tierische Produkte finanzieren wollen. Mit einer für alle verpflichtenden Haltungskennzeichnung für tierische Produkte wollen wir für Transparenz sorgen. Regionale und mobile Schlachtkapazitäten wollen wir fördern.

Die Vorschläge der Borchert-Kommission müssen zügig und ambitioniert umgesetzt werden. Auch wenn wir gerade im Bereich Tierschutz und bei der Finanzierung noch ungeklärte Fragen sehen und Ergänzungsbedarf haben. Die Empfehlungen bietet die Chance, dass nicht Gerichte immer mehr vorgeben, wie Tierhaltung auszusehen hat, sondern dass die Branche selbst gestaltet.

9. Die Schlussfolgerungen der Borchert-Kommission stellen die Nutztierhalten vielfach vor große Herausforderungen (Platzanforderungen, Außerklima). Ist nach Meinung Ihrer Partei eine Abstockung der Tierbestände mit diesen

Anforderungen verbunden und wie sollen die notwendigen Investitionen sowie eventuelle Ertragsausfälle durch Abstockungen finanziert werden?

Durch die jahrzehntelange verfehlte Agrarpolitik der Bundesregierung wurden viele Betriebe zum Wachstum gedrängt - auf Kosten von Landwirt*innen, Umwelt und Tierwohl. Die getätigten Investitionen sind beträchtlich. Lange war nicht klar, wie sich die Anforderungen an die Tierhaltung wandeln, so dass in Haltungssysteme investiert wurde, die nicht mehr zukunftsfähig sind. Das ist jedoch nicht die Schuld der Bäuerinnen und Bauern, sondern der Agrarpolitik. Die Tierhalter*innen müssen deshalb beim Umbau der Tierhaltung unterstützt werden. Tierwohl kostet Geld und muss finanziert werden. Hier ist der Staat in der Pflicht, klare Vorgaben für eine tier-, umwelt- und klimagerechte Tierhaltung zu machen und die Finanzierung sicherzustellen. In vielen Fällen sind die vorhandenen Tierzahlen nicht mit Platz- und Umweltafordernungen kompatibel. Zudem ändern sich Verzehrsgewohnheiten - der Fleischkonsum sinkt. Der Tierbestand muss auch aufgrund der hohen Klimabelastung und der Flächenknappheit und der damit nicht genügend vorhandenen Flächen für die Kraftfutterproduktion sinken. Eine Abstockung von Tierbeständen wird in vielen Fällen unabdingbar sein. Qualität hat ihren Preis. So muss tiergerecht erzeugtes Fleisch gut entlohnt werden, so dass mit geringeren Mengen bessere Einkünfte nötig sind. Ziel sind staatlich unterstützte Umstrukturierungen der landwirtschaftlichen Erzeugung die krisenfeste Perspektiven bietet.

10. Höhere nationale Anforderungen an das Tierwohl dürfen nicht durch Importe von Agrarprodukten, die mit niedrigeren Anforderungen erzeugt wurden, unterlaufen werden. Wie steht Ihre Partei dazu?

Ja, Bäuer*innen müssen von ihrer Arbeit leben können und vor unlauterem Wettbewerb geschützt werden. Wir wollen daher gegen Dumpingpreise, den Verkauf von Lebensmitteln unter Erzeugerpreis und Konzentration in der Lebensmittelbranche vorgehen und dazu die Möglichkeiten des Wettbewerbs- und Kartellrechts sowie der EU-Richtlinie gegen unlautere Handelspraktiken nutzen. Mit einem Lieferkettengesetz, das neben sozialen Anforderungen auch die umwelt- und tiergerechte Erzeugung aufgreift, müssen Standards gesetzt werden, so dass die nationalen Anforderungen nicht unterlaufen werden.

11. Die Zukunftskommission Landwirtschaft hat in ihrem Abschlussbericht die Notwendigkeit des Umbaus der Landwirtschaft hin zu mehr Klimaschutz, Artenvielfalt und Tierwohl herausgestellt. Wie steht Ihre Partei zu den

Ergebnissen der Zukunftskommission? Wo sehen Sie konkreten Handlungsbedarf für die Politik?

Wir GRÜNE stehen für eine Agrarpolitik, die Landwirtschaft in Einklang bringt mit Klima-, Natur- und Tierschutz. Viele der Inhalte der Zukunftskommission Landwirtschaft - etwa die Qualifizierung der EU-Agrarzahlungen, der Umbau der Tierhaltung oder ein natur-, umwelt- und klimaverträglicher Pflanzenbau - sind für uns bereits seit Jahren Schwerpunkte und werden von uns dementsprechend unterstützt.

Die Ergebnisse der Zukunftskommission Landwirtschaft begrüßen wir und wollen diese zügig umsetzen. Durch das jahrelange Aussitzen von drängenden Problemen hat die Bundesregierung Bäuer*innen und Verbraucher*innen alleine gelassen und Reformen verhindert. Wir sehen in den Ergebnissen der Kommission den klaren Auftrag, die Themen und Lösungsansätze in politisches Handeln umzusetzen, um unser Agrar- und Ernährungssystem grundlegend zu verbessern.